

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 12. Dezember 1978

Blatt 3094

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
Pflegeeltern zum Weihnachtseinkauf eingeladen
Hohe Auszeichnung für Dr. Pick
Psychiatrisches Krankenhaus: Disziplinarverfahren eingeleitet

Nur über 11.12. Alsergrund: Nach Explosion in Wohnung fünf
FS: Feuerwehrleute verletzt

k o m m u n a l :

=====

hohe auszeichnung fuer dr. pick

1 wien, 12.12. (rk) buergermeister leopold g r a t z ueberreichte montag dem praesidenten der israelitischen kultusgemeinde dr. anton p i c k das goldene ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien.

gratz wuerdigte vor allem den selbstlosen und unermuedlichen einsatz picks fuer die verfolgten, ob das nun nach dem februar 1934 schutzbuendler waren, die er unbezahlt als rechtsanwalt vertrat, oder die opfer der nationalsozialistischen verfolgungen.

pick verwies darauf, dass seine vorfahren muetterlicherseits um 1850 aus einem kleinen ort bei pressburg nach wien zugewandert sind. diese familie geyringer hatte unter anderem freundschaftlichen kontakt mit johann strauss, alexander girardi und arthur schnitzler. sein vater ist, wie so viele echte wiener, in jungen jahren aus boehmen zugewandert. die verbundenheit der familie mit wien schuetzte nicht vor verfolgungen. die eltern von anton pick wurden im greisenalter deportiert und sind umgekommen. seine jetzige gattin wurde ins lager riga deportiert, wo sie nur durch zufaelle ueberlebte. ihre mutter, ihr erster gatte, ihre brueder und ihr sohn sind in lagern umgekommen.

anton pick wurde am 11. dezember 1898 in wien geboren. er wurde an der universitaet wien zum dr. jur. promoviert und war seit 1930 als rechtsanwalt taetig. 1938 floh er in die tschechoslowakei und dann mit einem der schiffe, die nach wochenlanger kreuzfahrt illegal landeten, nach palaestina. 1947 kehrte er nach wien zurueck und nahm seine arbeit als rechtsanwalt wieder auf. 1955 wurde er zum vizepraesidenten, 1970 zum praesidenten der israelitischen kultusgemeinde gewaehlt. (sti)

0843

k o m m u n a l :

=====

pflegeeltern zum weihnachtseinkauf eingeladen

2 wien, 12.12. (rk) fuer mittwoch, den 13. dezember, um 16 uhr, hat vizebuergerrmeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r verdiente pflegeeltern von wiener grosspflegefamilien zum gemeinsamen weihnachtseinkauf in die wiener spielzeugschachtel (1, rauhensteingasse 5) eingeladen. die eingeladenen 17 pflegefamilien haben zusammen 80 pflegekinder zu betreuen. mit paedagogisch fundierten tips fuer die auswahl der geschenke werden nicht nur die fachkraefte der spielzeugschachtel, sondern auch die jugendstadtraetin selbst zur verfuegung stehen. das jugendamt der stadt wien stellt ausserdem zur finanziellen entlastung der pflegeeltern fuer jedes pflegekind einen gutschein von 200 schilling zur verfuegung.

auch die grosspflegefamilien in den bundeslaendern, die wiener pflegekinder in ihrer obhut haben, werden nicht vergessen. bei ihnen, die in der vorweihnachtszeit nicht so einfach zum einkaufen kommen koennen, spielen sozialarbeiter des wiener jugendamtes christkind: sie bringen den kindern die geschenke ins haus. (may)

0845

k o m m u n a l :

=====

psychiatrisches krankenhaus:

disziplinarverfahren eingeleitet (1)

4 wien, 12.12. (rk) die einleitung eines disziplinarverfahrens zur genauen ueberpruefung der vorwuerfe gegen die im "profil" im rahmen des artikels "die herren vom steinhof" genannten personen kuendigte gesundheitsstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r dienstag der "rathaus-korrespondenz" an. mit diesem schritt sollen laut stacher einerseits im falle von eindeutig festgestellten misstaenden die schuldtragenden zur verantwortung gezogen, andererseits aber auch das uebrige pflegepersonal gegen unberechtigte vorwuerfe geschuetzt werden. bei solchen vorfaellen handelt es sich, wie der stadtrat meinte, offensichtlich um relikte aus einer vergangenheit, in der die psychiatrischen krankenhaeuser noch nach dem prinzip der absonderung und verwahrung und nicht nach dem prinzip der behandlung und wiedereingliederung ausgerichtet waren. gerade das aufzeigen solcher misstaende ermoeegliche es ihm jedoch, diese zu beseitigen. wenn auch, nach ansicht des stadtrates, ein pavillon keineswegs repraesentativ fuer eine anstalt sein kann, so bestaetigen vorfaelle dieser art die notwendigkeit der von ihm bereits eingeleiteten massnahmen zur reorganisation der psychiatrischen versorgung in wien. (zi) (forts)

k o m m u n a l :

=====

psychiatrisches krankenhaus:

disziplinarverfahren eingeleitet (2)
zielplan fuer psychiatrische versorgung

5 wien, 12.12. (rk) in diesem zusammenhang wies stacher auf die bereits vor erscheinen des artikels montag im rahmen einer anfragebeantwortung im wiener gemeinderat bekanntgegebenen laufenden umstrukturierungsmassnahmen im rahmen der psychiatrie hin. laut stacher sind die medizinischen und organisatorischen planungen fuer die in den naechsten jahren notwendigen schritte in der psychiatrie im wesentlichen abgeschlossen. als grundlage dienten dafuer verschiedene studien, aber auch enqueten ueber die psychiatrische versorgung wiens. um eine rasche verbesserung der situation zu erreichen, wurden die rehabilitation ausgebaut und verschiedene pavillons sowie die kueche und die ambulanz im psychiatrischen krankenhaus saniert. im rahmen von sogenannten "patientenbezogenen massnahmen" wurde die unmittelbare umwelt der patienten verbessert und auch eine neue patientenbekleidung eingefuehrt. insgesamt wurden in den jahren 1975 bis 1977 allein im psychiatrischen krankenhaus dafuer rund 111 millionen schilling ausgegeben.

voraussetzung fuer jede reform einer psychiatrischen grossanstalt ist jedoch, wie stacher betonte, die gleichzeitige umstrukturierung und der ausbau der nachversorgenden und prophylaktischen dienste ausserhalb der anstalt. hier wurden bereits mehrere konkrete schritte unternommen. so gibt es bereits seit mehr als einem jahr ein uebergangsheim im 13. bezirk, ein zweites wird noch im laufe der naechsten wochen in einem weiteren bezirk den betrieb aufnehmen. gemeinsam mit dem genesungsheim kalksburg wird ein nachsorgewohnheim fuer entwoehnte jugendliche suechtige seit einiger zeit betrieben. die schaffung zusaetzlicher beratungsstellen des psychohygienischen dienstes ist im gange. planungen fuer eine modellstation sind abgeschlossen. darueber hinaus sind weitere massnahmen zur schaffung von nachsorgeeinrichtungen bereits eingeleitet.

./.

12. dezember 1978

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3099

der grundsatz der psychiatrischen versorgung muss es sein, getrennte versorgungssysteme fuer psychisch kranke und geistig behinderte zu organisieren.

um alle weiteren schritte zu koordinieren und die psychiatriereform zu beschleunigen, sei von ihm der auftrag erteilt worden, einen ''zielplan fuer die psychiatrische versorgung in wien'' auszuarbeiten. die dafuer notwendigen vorarbeiten sind soweit abgeschlossen, dass dieser zielplan in kuerze vorliegen wird. abschliessend wies stacher darauf hin, dass eine sicher notwendige verkleinerung des psychiatrischen krankenhauses ohne gleichzeitigen ausbau der nachbetreuungsdienste nur eine scheinreform auf kosten der patienten waere. (zi) (schluss)

1007

k o m m u n a l :

wiener landtag (1)

3 wien, 12.12. (rk) unter dem vorsitz von praesident
s u t t n e r (spoe) trat der wiener landtag dienstag zu einer
sitzung zusammen. auf der tagesordnung standen sieben gesetzes-
vorlagen, darunter als wichtigste das neue kleingartengesetz, ueber
das stadtrat p f o c h (spoe) referierte.

es lagen zwei a n t r a e g e d e r o e v p vor, und
zwar ueber die befreiung der besteuern von speisen und getraenken
nach dem vergnuegungssteuergesetz und ueber eine aenderung der
erklaerungsfrist bei der getraenkesteuer. beide antraege wurden
zugewiesen.

nach der wahl von drei mitgliedern und drei ersatzmitgliedern
das landessportrates berichtete zunaechst stadtrat s c h i e d e r
(spoe) ueber ein gesetz, mit dem ausfuehrungsbestimmungen zum
forstgesetz erlassen werden.

labg. friederike s e i d l (spoe) referierte eine verein-
barung ueber die anerkennung von nachweisen der jagdlichen eignung.
stadtrat h e l l e r (spoe) berichtete ueber das wiener landes-
lehrerdiensthoheitsgesetz 1978, die fuenfte novelle zur pensions-
ordnung und die 16. novelle zur besoldungsordnung.

alle diese gesetzesvorlagen wurden ohne debatte in erster
und zweiter lesung einstimmig angenommen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag (2):

neues kleingartengesetz (1)

7 wien, 12.12. (rk) str. pfoch (spoe) referierte ueber das neue kleingartengesetz und erklarte, dass damit wesentliche verbesserungen erzielt werden. vor allem ist es moeglich, bausuenden zu sanieren, die im zuge der umwandlung von grabelaendern aus der notzeit in kleingaerten gemacht wurden. auf den 28.000 kleingartenparzellen in wien gibt es 16.670 haeuser. 7.934 davon haben keine bewilligung oder entsprechen durch um- und zubauten nicht den gesetzlichen Bestimmungen. nahezu 70 prozent davon werden saniert. die anderen wird man baubehoerdlich ueberpruefen und, so weit es geht, tolerant sein. das neue gesetz erlaubt groessere haeuser bis 35 quadratmeter, freie wahl des baumaterials und der bauart, gestattet die gartenbenuetzung auch in kalter jahreszeit und erlaubt terrassen und wasserbecken. es werden auch wesentliche verbesserungen der sanitaeren vorschriften erreicht. verbunden mit dem kleingartengesetz ist auch die moeglichkeit, kleingaerten ueber antrag in gartensiedlungen umzuwidmen, wie es in der bauordnung vorgesehen ist. zwei derartige antraege sind in bearbeitung. (smo) (forts)

1149

wiener landtag (3):

kleingartengesetz (forts)

8 wien, 12.12. (rk) abg. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) begruesste es, dass mit dem neuen gesetz bisherige unsicherheiten bereinigt werden. es regle aber nicht ausreichend den schutz bestehender anlagen. bei notwendigen absiedlungen muessten unbedingt entsprechende ersatzflaechen zur verfuegung gestellt werden. problematisch erscheint das verbot, rauchfaenge zu errichten. es waere vermutlich umweltfreundlicher, wenn abfallholz in oefen statt im freien verbrannt wuerde. erfreulich ist,

./.

dass die gaertnerische gestaltung der gartenflaechen im gesetz geregelt ist. damit koennten geruempel- und wrackablagerungen aus kleingaerten verschwinden.

abg. a r t h o l d (oevp) erklarte, dass die oevp schon seit zehn jahren ein solches gesetz verlangt habe. die spoe habe mit der schaffung der sogenannten gartensiedlung in der bauordnung diese forderung unterlaufen wollen. bisher sei aber nur ein einziger antrag auf gartensiedlungswidmung erledigt worden. ueberhaupt habe die spoe ihre liebe zum siedlungshaus erst jetzt entdeckt. die schaffung von kleingartenkommissionen in bezirken sei ein kleiner schritt zur demokratisierung und zur transparenz.

bei absiedlungen, deren notwendigkeit nicht bestritten wird, muesste aber die verstaendigung rechtzeitig erfolgen. ersatzflaechen muessten rechtzeitig bereitgestellt werden, und uebersiedlungsbeihilfen seien zu leisten. vor allem aber muessten alten menschen, die nicht mehr neu beginnen koennen, fertige gartenhaeuser zur verfuegung gestellt werden. diese idee der oevp scheint nun in der form der seniorengaerten aufgegriffen worden zu sein. absiedlungen sollte man nicht vor gericht erwirken. man sollte korrekt und geplant vorgehen. es heisst, dass 155.000 quadratmeter kleingaerten von der absiedlung bedroht sind. man muesste das den betroffenen rechtzeitig sagen, damit sie nicht noch geld investieren. was aber vor allem noch fehlt, ist ein kleingartenkonzept - mit konkreten angaben ueber geplante kleingaerten und gartensiedlungen, mit einem zeitplan ueber widmung und vergabe, mit einem zeitplan fuer absiedlungen und ersatzgruende. ein solches konzept sollte im zuge des stadtentwicklungskonzeptes geschaffen werden. (smo) (forts.)

1152

wiener Landtag (4):

kleingartengesetz (schluss)

9 wien, 12.12. (rk) labg. o u t o l n y (spoe) wies auf die historische entwicklung des kleingarten- und siedlungswesens hin. er erklarte dann, warum im wiener kleingartengesetz die belange des pachtrechts nicht enthalten sind. diese werden naemlich mit dem bundes-kleingartengesetz 1958 ausdruecklich geregelt. die neufassung

des wiener kleingartengesetzes wurde bereits zu beginn der 70er jahre diskutiert. es war jedoch zweckmaessig, zuerst die neue bauordnung von 1976 abzuwarten, weil man sich an deren bestimmungen orientieren musste. ein kleingarten- und siedlungskonzept mit allen wichtigen grundsuetzen wurde bereits 1971 von den damaligen stadt-raeten ing. hofmann und dkfm. hintschig der oeffentlichkeit vor-gestellt.

waearend die sozialisten das kleingartenwesen kontinuierlich foerdern, versucht jedoch die oevp staendig, unter den kleingaertnern unsicherheit und geruechte zu verbreiten, wie es etwa bei den sandberggruenden geschah. bei der stadtverwaltung wurde schon vor jahren eine koordinationsstelle fuer kleingartenfragen geschaffen, die seit 1976 erfolgreich taetig ist. sie koordiniert die ver-schiedensten magistratsdienststellen, sie ist eine servicestelle fuer die kleingaertner und deren verbaende, trifft einvernehmliche regelungen bei freimachungsproblemen, beschaefftigt sich mit planung und aufschliessung neuer anlagen. es ist eine verleumdung, wenn die oevp behauptet, die spoe muesse bei der foerderung des siedlungs-gedankens ueber den eigenen schatten springen. schon in der ersten republik wurden im rahmen des kommunalen wohnbauprogramms wertvolle impulse fuer gartensiedlungen gegeben. insgesamt wurden 34 siedlungen mit mehr als 8.000 haeusern gebaut, wie am rosenhuegel, auf der lockerwiese, am floetzersteig, spiegelgrund usw. in der zweiten republik wurde das fortgesetzt mit pah-siedlung west, wo 600 reihen-haeuser entstanden, in jedleseewald usw., und in juengster zeit wurde das neue siedlungsprogramm in angriff genommen, das weiter fort-gesetzt wird. die sozialisten sehen im siedlungs- und kleingarten-wesen wichtige kulturelle, sozialpolitische und oekologische funktionen. die kleingaerten werden als wesentliches element einer modernen stadtgestaltung erkannt und anerkannt - dem oeffentlich zugaenglichen kleingartenpark etwa wird im neuen gesetz rechnung getragen. das gesetz wird schliesslich wesentlich dazu beitragen, dass verunsicherungen durch geruechte vermieden werden. labg. outolny brachte einen b e s c h l u s s a n t r a g ein, betreffend ueberpruefung der landeskulturellen vorschriften und schaffung eines gesetzes ueber die haltung von kleintieren.

im s c h l u s s w o r t stellte str. p f o c h mit genug-

tuung fest, dass das neue gesetz im wesentlichen als vernuenftiger kompromiss einhellig zustimmung findet. die stadt gibt den kleingaertnern, was die stadt zu geben hat. in den letzten fuenf jahren ist es stets gelungen, in direkten verhandlungen mit den abzusiedelnden kleingaertnern einverstaendnis zu erzielen, sowohl am brunneweg als auch am sandberg. es konnten jeweils entsprechend grosse ersatzgruende angeboten werden, und ueber die oft nicht geringen abfindungen wurde uebereinstimmung gefunden. die absiedlung von praekaristischen kleingaertnern von bahngrund, fuer die es keine abfindung gab, koenne man nicht der gemeinde in die schuhe schieben. die gemeinde findet auch praekaristische nutzer ab. was die widmung von gartensiedlungen betrifft, so sind derzeit zwei antraege in bearbeitung, und zwar in stammersdorf und simmering. eine einheitliche loesung zu finden, ist jedoch sicher nicht einfach, weil die umwidmung mit kosten von 40.000 und mehr schilling fuer aufschliessung verbunden ist, und das darf zu keinen sozialen haerten fuehren. der siedlungsbau wird durch grosszuegige mittelbereitstellung aus der wohnbaufoerderung unterstuetzt. im rahmen des siedlungsprogramms sind mehr als 600 einfamilienhaeuser im bau, und das programm wird fortgesetzt. im kleingartengrundkonzept ist im einvernehmen mit den verbaenden festgelegt, dass die kleingartenflaeche von rund 6 millionen quadratmeter in wien zu halten ist. in den letzten jahren konnte diese flaeche sogar auf 6,4 millionen quadratmeter ausgedehnt werden. das entspricht der groesse von vier wiener innenbezirken. das ist ein sichtbarer beweis fuer die unterstuetzung der kleingaertner durch die stadt wien.

a b s t i m m u n g : das kleingartengesetz wurde in erster und zweiter lesung einstimmig angenommen. der sozialistische b e s c h l u s s a n t r a g wurde einstimmig dem stadtrat fuer inneres und buergerservice zugewiesen. (smo) (schluss)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

kultur, jugend und bildung

10 wien, 12.12. (rk) anschliessend wurde unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) die montag abend unterbrochene sitzung des wiener gemeinderates mit den beratungen ueber das budgetkapitel k u l t u r , j u g e n d u n d b i l d u n g fortgesetzt.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) bezeichnete es als eine aufgabe der kulturpolitik, allen schichten und altersgruppen den zugang zu kunst und kultur zu ermoeeglichen und zu erleichtern. gerade wenn die menschen zeit zu ihrem besuch haetten, sind jedoch die meisten museen, galerien und schauraeume geschlossen. dkfm. bauer brachte den a n t r a g ein, die oeffnungszeiten der museen, galerien und schauraeume im bereich der stadt wien besser als bisher an die freizeit der buerger anzupassen, wobei besonders auf ein offenhaltan an samstagen und sonntagen bedacht genommen werden soll. die damit verbundenen personalprobleme waeren durch wohlueberlegte sperren an wochentagen oder gestaffelten halbtagen zu loesen. der groesste teil unserer bezirksmuseen werde vom ueberwiegenden teil der bevoelkerung nicht zu kenntnis genommen, meinte bauer. die bezirksmuseen sollten neu organisiert und zu kulturellen bezirkszentren ausgebaut werden, in denen ausstellungen, konzerte, lesungen etc. stattfinden koennten. bauer stellte den a n t r a g , die bezirksmuseen organisatorisch in das historische museum der stadt wien einzugliedern.

in der rustenschacherallee 2-4 vegetiere ein museum besonderer art dahin. um 7 millionen schilling wurde dort ein bauwerk als atelier fuer fritz wotruba errichtet. die fpoe war dagegen, weil sie die meinung vertrat, dass es besser waere, arbeitsraeume fuer nicht arrivierte junge kuenstler zur verfuegung zu stellen. auch gegen die nach dem tod des kuenstlers bestehende absicht, dort eine wotruba-gedenkstaette einzurichten, war die fpoe, weil sie die auffassung vertrat, dass eine gedenkstaette einen inneren bezug zu der betreffenden person aufweisen muesse. heute daemert der millionen-bau ungenutzt dahin. bauer stellte die frage, was mit

dem bauwerk geschehen soll, wenn die verhandlungen mit frau wotruba scheitern. er brachte neuerlich einen von der fpoe bereits einmal gestellten a n t r a g ein, dieses bauwerk als akademieatelier zur verfuegung zu stellen.

zwei weitere a n t r a g e bezogen sich auf die verwendung des kulturschillings: das gesamte ertraegnis des kulturschillings soll fuer die altstadterhaltung verwendet werden. der ausgabenansatz soll von 43,2 auf 57,6 millionen erhoeht werden. der ausgabenansatz "foerderungszuschuesse" soll entsprechend gekuerzt werden. mit problemen des wiener fremdenverkehrs beschaeftigte sich gr. s c h n e i d e r (oevp) in seinem debattenbeitrag. wien ist zwar kein klassisches fremdenverkehrsbundesland, weist aber mehr auslaendernaechtigungen als niederoesterreich und burgenland zusammen, mehr als die steiermark und etwa soviel wie oberoesterreich auf. der "kampf um den gast" im staedtetourismus wird immer haerter. im jahr 1978 nahm der wiener fremdenverkehr eine unterschiedliche entwicklung. dem aufwaertstrend des ersten halbjahres stand ein ueberraschender rueckgang im juni und juli gegenueber, der erst durch die relativ guten ergebnisse des herbstes aufgeholt werden konnte. die aussichten fuer das naechste jahr sind schwer zu beurteilen.

anstrengungen zur erhoehung der attraktivitaet wiens als fremdenverkehrsstadt sind notwendig. dazu gehoert eine verstaerkte foerderung lebender musik in lokalen. deshalb hat die oevp im landtag einen antrag eingebracht, die besteuern von speisen und getraenken anlaesslich vergnuegungssteuerpflichtiger veranstaltungen ersatzlos wegfallen zu lassen. diese doppelbesteuerung sei grundsuetzlich konsumentenfeindlich.

wenn wir den internationalen anschluss nicht verlieren wollen, dann sei es hoechste zeit fuer eine fremdenverkehrsfreundlichere steuerpolitik, erklaeerte schneider. die steuerbelastung der getraenke sei zu hoch. in der bundesrepublik heben nur mehr drei prozent der gemeinden getraenkesteuer ein. ab 1979 wird auch muenchen auf die getraenkesteuer bei alkoholfreien getraenken verzichten. in wien sind die einnahmen aus der getraenkesteuer von 1973 bis 1977 um 200 millionen schilling (76 prozent) gestiegen. auch 1979 wird mit mehreinnahmen von zehn millionen gerechnet.

die uebermaessige unbezahlte verwaltungsarbeit sei eine weitere erschwerung. deshalb habe die oevp im landtag einen antrag eingebracht, der in form einer novelle des getraenkesteuergesetzes statt der monatlichen eine jaehrliche erklaerungspflicht fuer getraenke vorsieht. (ger) (forts.)

1245

wiener gemeinderat (2):

kultur, jugend und bildung (forts)

11 wien, 12.12. (rk) schul- und bildungsfragen sind streitfragen der gesellschaft, erklaerte gr. gawlik (spoe). man muss von einem elitaeren denken abgehen und schulen schaffen, in denen jedermann eine chance hat, weiter zu kommen. in den schulen sind engere menschliche bindungen zwischen lehrer, schueler und eltern notwendig. es ist daher erfreulich, dass im naechsten jahr in wien mit dem versuch der "offenen schulen" begonnen wird. in den offenen schulen sollen von freitag mittag bis sonntag mittag alle einrichtungen der schule fuer freizeit und kommunikation zur verfuegung stehen.

die zahl der berufsschueler wird bis mitte der achziger jahre stark steigen. um allen schulabgaengern eine gute ausbildung geben zu koennen, stelle die stadt jahr fuer jahr mehr geld fuer die berufsschulen zur verfuegung. ohne die gehaelter der lehrer wurden im jahre 1973 54 millionen bereitgestellt, 1979 werden es bereits 138 millionen sein. mit dem bau eines vierten berufsschulgebaeudes auf dem areal der ehemaligen minerva-fabrik in der zieglergasse wird noch 1979 begonnen.

gawlik kritisierte eine aeusserung des wiener handelskammerpraesidenten ing. dittrich, der vor der einfuehrung der abwassergebuehr festgestellt habe, es sei nicht sicher, ob die wiener betriebe weiterhin im gleichen ausmass lehrlinge aufnehmen koennen. man sollte nicht mit der jugend spielen und nicht fragen der abwassergebuehr in einem zug mit der berufsausbildung gleichsam als pression nennen, erklaerte gewlik.

gawlik rief alle parteien auf, verstaerkt gegen das sektenun-

wesen aufzutreten. es sei aufgabe aller demokraten, durch das gespraech mit der jugend totalitaeren stroemungen den boden zu entziehen. (sei) (forts.)

1248

wiener gemeinderat (3):

kultur, jugend und bildung (forts.)

12 wien, 12.12. (rk) stadtrat n e u s s e r (oevp) betonte, dass die aeusserung des handelskammerpraesidenten ueber die ausbildung der lehrlinge aus dem zusammenhang gerissen worden sei und sich vor allem auf die klimaverschlechterung nach der erhoehung der abwassergebuehren bezogen habe. bei einer dreijaehrigen ausbildung kostet ein lehrling einen betrieb etwa 500.000 schilling. nur etwa 80 prozent der kosten werden wieder hereingebracht, so dass man keinesfalls von einem profit sprechen koenne, wenn ein unternehmer einen lehrling aufnehme. dem vorwurf, nicht genug fuer die lehrlinge zu tun, sollte man eher an den sozialminister richten, der fuer 31.000 lehrlinge in den berufsschulen nur 20 foerderungen bereitstellt.

zu den fragen einer umfassenden familienpolitik nahm gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp) stellung. fragen der familie sollen von der verwaltung ressortuebergreifend behandelt werden. frau hampel-fuchs kritisierte die einseitige familienpolitik der spoe, die vor allem familienersetzende einrichtungen foerdert, der familie selbst aber zu wenig spielraum in der wahl dieser einrichtungen laesst. bisher wurden im gemeinderat alle antraege der oevp zum modell tagesheimschule abgelehnt, obwohl das unterrichtsministerium die tagesheimschule und die ganztagschule als gleichwertige schultypen nebeneinander stellt. statt einer vielzahl von heimen sollten pflegeplaetze und pflegemuetter zur verfuegung gestellt werden. bei den kindergaerten soll die personalreserve angehoben werden. der bildungskindergarten fuer kinder bis zu sechs jahren sei wesentlich besser als das modell der vorschule. gemeinderat hampel-fuchs schloss mit einem appell, die ganze stadt kinder- und muetterfreundlicher zu gestalten. (ba) (forts.)

1309

k o m m u n a l :

wiener gemeinderat (4):

kultur, jugend und bildung

13 wien, 12.12. (rk) gr. gertrude s t i e h l (spoe) entgegnete ihrer vorrednerin, dass es nicht notwendig sei, eine lanze fuer tagesheimschulen zu brechen. solche gebe es in wien genug. hingegen treten die sozialisten fuer mehr ganztagschulen ein, weil diese bessere foerderungsmoeglichkeiten bieten. an einrichtungen fuer kinder- und jugendbetreuung ist wien beispielgebend. jugendkriminalitaet gibt es nicht nur in der grosstadt, sondern auch in laendlichen gebieten. das bild wird jedoch durch grossaufgemachte berichte ueber einzelfaelle verzerrt. auch die statistik tauscht, weil die anzeigefreudigkeit nicht ueberall gleich ist. erwiesen ist, dass 80 prozent der delikte sogenannte bereicherungen mit geringem schaden sind. das soll man sicher nicht bagatellisieren. es werden jedoch massnahmen getroffen. erst kuerzlich fand ein symposion ueber ursachen und auswirkung von kinderdelinquenz statt, in dem fachleute das problem berieten. als wirksamste hilfe erweist sich die familientherapie. fuer hilfstellungen bei konflikten von kindern und jugendlichen gibt es gerade in wien eine vielfalt von einrichtungen - von den info-centers ueber die kinder- und jugendpsychologischen beratungsstellen bis zur telefonischen erziehungsauskunft. es werden neue wege beschritten, um kinder aus heimen entlassen zu koennen. es wurden sozialtherapeutische pflegestellen eingerichtet. fuer die heime steigt der budgetaufwand von 361 auf 397 millionen schilling. oberstes ziel bleibt aber die ambulantebetreuung. dabei erlangen die bezirksjugendaemter immer mehr bedeutung, und es werden neue aussenstellen errichtet (21., mitterhofergasse). immer mehr eltern kommen darauf, dass auch richtige erziehung erlernbar ist. dafuer gibt es elternkurse. heuer wurde die 17. elternschule eroeffnet. die mutterberatungsstellen werden ausgebaut. schriftliches informationsmaterial wird zur verfuegung gestellt, heuer erschien die 2. eltern-

fibel. kernpunkt bleibt aber das kindergartenangebot. dafuer steigen die ausgaben von 732 millionen auf 807,3 millionen. heuer wurden acht neue kindergaerten eroeffnet, sodass es bereits 253 kindergaerten gibt. sieben weitere sind im budget vorgesehen. bereits 80 prozent aller 3-bis 6jaehrigen haben einen kindergartenplatz. damit steht wien an der spitze aller bundeslaender.

dass auch fuer das behinderte kind ausreichend gesorgt wird, beweist die eroeffnung eines neuen sonderkindergartens in 12, endergasse, mit einer zusaetzlichen sonderpaedagogischen ambulanz. 1979 wird eine broschuere erscheinen, die einblick in die aufgaben der sonderkindergaerten gibt. der kindergarten wird auch immer mehr zur elternberatungsstelle: wien hat als erstes bundesland regelmaessige elternabende eingefuehrt. das ziel wird konsequent verfolgt - jedem kind ein kindergartenplatz. als kinderfreundliche stadt bietet wien darueber hinaus eine vielzahl von freizeitangeboten, wie das ferienspiel, das immer umfangreicher wird und mehr teilnehmer hat. erstmals wurde heuer das kindertelefon eingefuehrt. mit 9.642 anrufen vom april bis oktober - ein durchschlagender erfolg. grossen anklang fand auch der neue kinderbus mit seinen rundfahrten an sonntag-vormittagen. (smo) (forts.)

1351

wienber gemeinderat (5):

kultur, jugend und bildung (forts)

14 wien, 12.12. (rk) die ansaetze fuer die geschaeftsgruppe kultur, jugend und bildung steigen um 7 prozent gegenueber einer steigerungsrate von 4,6 prozent des gesambudgets, erklarte gr. prof. b i t t n e r (oevp). allerdings weist diese geschaeftsgruppe auch eine sehr grosse durchlauferpost - lehrer des pflichtschulwesens - auf. ueber die verwendung des kulturschillings bestehen nach wie vor gegensaeztliche auffassungen. bittner brachte den a n t r a g ein, die ertraegnisse aus dem kulturschilling zur gaenze fuer die altstadterhaltung zu verwenden.

die wuensche im zusammenhang mit der foerderungstaetigkeit sind immer groesser als die moeglichkeiten. der schwerpunkt muesse deshalb in der selektion liegen. die transparenz sollte groesser

sein. in diesem zusammenhang brachte bittner einen a n t r a g ein, den mitgliedern der gemeinderatsausschuesse, die foerderungen und subventionen vergeben, vierteljaehrliche uebersichtsberichte ueber die ansuchen vorzulegen.

die foerderungsmittel des bundes fuer die wiener symphoniker und festwochen befinden sich seit 1970 auf einer talfahrt, kritisier-te bittner. es ist nicht einzusehen, warum der bund seine ver-pflichtungen gegenueber den symphonikern nicht einhaelt.

die situation des jugendtourismus in wien sei trist. die bettenkapazitaet wurde in den letzten jahren halbiert. wien hat weniger jugendbetten als etwa kopenhagen, muenchen oder berlin. der jugendtourismus ging zurueck. rasches handeln ist notwendig. bittner brachte einen a n t r a g ein, den beiden jugendherbergsorgani-sationen subventionen und zinsstuetzungen zu geben und einen zeit- und finanzplan fuer die errichtung eines jugendgaestehauses durch die stadt wien vorzulegen.

die idee der akademie der preistraeger sei seit drei jahren ueber entwuerfe nicht hinausgekommen.

die situation um das wotruba-atelier sei nicht vorhersehbar gewesen. bittner sprach den staeedtischen buechereien lob fuer ihre enormen leistungen trotz unguenstiger personalsituation und schlech-ter einstuftung der bibliothekare aus.

beim jugendtheaterfestival solle man es nicht auf eine polari-sierung zwischen eigenproduktion und reproduktion ankommen lassen.

auf dem sektor der erwachsenenbildung seien groessere anstren-gungen noetig. im sinne der schulversuche gibt es keine tagesheim-schule in wien. das moment der freiwilligkeit ist nicht gegeben. der schwerpunkt der familienfoerderung soll nicht ausserhalb der familie liegen. die 5-tage-schulwoche sei eine nicht leicht zu loesende angelegenheit. eine objektive information der eltern sei noetig.

wir sollten uns nicht von den massenmedien den politischen stil aufzwingen lassen, erklaerte bittner. die demokratie sei primaer eine sache des konsens. im politischen stil liegt eine wesentliche ursache fuer die politische absti enz vieler junger menschen. glaub-wuerdigkeit sei im interesse der demokratie noetig. die demokratie duerfe nicht wie die diktatur auf feindbildern beruhen. ein ueber-denken des politischen stils sei ein wesentlicher beitrag zur demokratischen bildung. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

kultur, jugend und bildung

15 wien, 12.12. (rk) mit den im budget vorgesehenen geldern koennen starke impulse fuer das kulturleben in der stadt gegeben werden, erklarte gr. w i e s i n g e r (spoe). das budget garantiert, dass das oberste anliegen der sozialisten, den demokratischen zugang zur kultur zu ermoeeglichen, schritt fuer schritt erfuehlt wird.

allein 375 millionen werden fuer die foerderung von wissenschaft, kunst und volksbildung ausgegeben. davon entfallen unter anderem 50 millionen auf die wiener symphoniker, 25 millionen auf den wiener verband der volksbildung, 170 millionen fuer die wiener theater und 48 millionen fuer die kulturelle jugendbetreuung. in der erwachsenenbildung sind international die hochgespannten erwartungen der sechziger jahre - mehr freizeit bringt mehr bildung - nicht aufgegangen. an den leistungen der stadt liegt es jedenfalls nicht, dass die wuensche nicht in erfuehlung gegangen sind. allein in den letzten jahren wurde rund eine halbe million schilling fuer den bau von erwachsenenbildungseinrichtungen ausgegeben. die foerderung durch den bund koennte jedoch hoeher sein.

im jugendtourismus wird sich die situation durch ein neues jugendgaestehaus bessern. die verhandlungen ueber den ankauf eines geeigneten objektes, eines ehemaligen klosters im 20. bezirk, stehen vor dem abschluss. (se1) (forts)

k o m m u n a l :

wiener gemeinderat (7):

kultur, jugend und bildung (schluss)

17 wien, 12.12. (rk) der schwerpunkt der kulturpolitik soll auf mehr lebensqualitaet und auf vermehrte chancen fuer den einzelnen menschen gerichtet sein und ist keine zwangsbeglueckung. nicht der besitz der bildung, sondern das bemuehen um die bildung muss zum neuen wertmasstab der kulturpolitik werden. dies stellte vize-buergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r (spoe) in ihrem schlusswort fest. kulturpolitik wird immer kritik ausgesetzt sein, weil sie sich stets fuer die und vor der oeffentlichkeit abspielt. kritik und anregungen seien stets willkommen, wenn sie nicht nur einem parteiimage dienen sollen.

die geschaeftsgruppe kultur, jugend und bildung kann auf eine ganze reihe ansehnlicher leistungen zurueckblicken. auf dem gebiet der altstadterhaltung ist der durchbruch gelungen, wertvolle baustanz als zeugen der kulturellen vergangenheit konnte erhalten werden. von der kulturellen gegenwart geben kongresse und veranstaltungen sowie die hohe qualitaet der musik, der literatur und des theaterlebens beredete zeugnisse. in letzter zeit konnten neue theater mit 1.500 sitzplaetzen geschaffen werden. trotzdem spricht man in der oeffentlichkeit mehr ueber das theatersterben vor 25 jahren und ergeht sich in polemik ueber das ronacher-theater.

um die menschen vom freizeitvertreiben zum freizeiterleben fuehren zu koennen, sind derzeit verhandlungen ueber geaenderte oeffnungszeiten von kulturstaetten im gang. das wotruba-atelier soll, nach zustimmung der witwe des kuenstlers, der hochschule fuer angewandte kunst zur verfuegung gestellt werden. die erfolge der schulversuche lassen sich nicht einfach wegdiskutieren. die vorschulklassen sind fuer kinder gedacht, die noch nicht die noetige reife fuer einen schulbesuch aufweisen. kindergaerten und schulen sind keine fabriken des neuen Kindes, sondern bildungsstaetten im dienste der familie und des heranwachsenden jungen menschen. familienersetzende und -ergaenzende einrichtungen sind zuwenig fuer eine familienpolitik, doch die wohnbauten, gruenanlagen sowie alle kulturstaetten beweisen, dass die gesamte gestaltung der stadt unter dem zeichen einer familienfreundlichen politik steht. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

gesundheit und soziales

18 wien, 12.12. (rk) gewisse fortschritte sind durchaus anzuerkennen, erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) als erster debattenredner zum kapitel gesundheit und soziales. so werden die ausgaben fuer den heimhilfedienst von 201 auf 270 millionen erhoeht. damit kann in vielen faellen fuer alte leute der anstaltsaufenthalt vermieden werden, und hoehere anstaltskosten werden eingespart. die erhoehung der ausfallshaltung fuer pensionistenheime um 40 prozent ist ebenfalls ein positiver aspekt. die kritische situation der spitaeler ist jedoch am beispiel krankenhauses ost ersichtlich, das bereits zum aergernis wird: bereits 1964 hat buergermeister jonas den baldigen baubeginn angekuendigt. mit niederosterreich wurde schon vor jahren die kostenbeteiligung fuer 200 betten vereinbart. aber auch jetzt stehen wieder nur planungskosten im budget. und dem finanz- und investitionsplan ist zu entnehmen, dass sich daran bis 1983 nichts aendern wird, weil eben keine mittel da sind. stadtrat stacher versuchte zwar zu erklaren, dass etappenweise die schwesternschule, das wohnheim, das pflegeheim und dann das krankenhauses erbaut wird. das stimmt bis zum wohnheim. ab spitalsbau kann von koordination nicht mehr die rede sein. die krankenschwestern, die dort wohnen, werden jahrelang ueber die donau in ihre arbeit fahren muessen. fuer die bewohner der bezirke links der donau wird es weiterhin keine ausreichende krankenhausesversorgung geben. aehnlich ist es bei den investitionen fuer das akh. von den fuer 1978 vorgesehenen 830 millionen wurden nur 675 tatsaechlich verwendet. im investitionsplan 1979 waren 1.100 millionen vorgesehen, jetzt sind es nur mehr 800 millionen. der fertigstellungstermin 1986 wird auf diese weise nicht gehalten werden koennen.

hirnschall kritisierte die vergabe eines organisationsauftrags fuer das akh in der hoehe von etwa 200 millionen: er wurde nicht oeffentlich ausgeschrieben, sondern quasi unter der hand vergeben. vorsicht ist schon deshalb geboten, weil sich die sparte der so-

genannten spitalsberater immer mehr zu einem blühenden geschäftszweig entwickelt, während die spitalerhalter immer mehr not leiden.

unverstaendlich ist es auch, dass einige mutterberatungsstellen kein telefon haben. die diensthabenden kinderaerzte haben um einen telefonanschluss ersucht, wurden aber mit dem hinweis zurueckgewiesen, dass fuer die laufenden telefonkosten im budget kein platz ist. stattdessen wurden die betreffenden beratungsstellen mit hinweisen ausgestattet, wo sich die naechste oeffentliche telefonzelle befindet, und mit einigen 1-s-muenzen.

ein offenes wort ist schliesslich zu den zustaaenden im psychiatrischen krankenhaushaus am steinhof notwendig, ueber die eine zeitung ausfuehrlich berichtet. der alltag dort ist offenbar schlimmer als vermutet wurde. und stimmt nur ein bruchteil des berichtes, ist es schande genug. man hat das gefuehl, die zustaaende haben sich dort so entwickelt, weil man sich seit jahrzehnten nicht darum gekuemmert hat. es ist nur zu hoffen, dass die resignation des gesundheitsstadtrates, wie die zeitung schreibt, nicht stimmt und dass er es nicht fuer aussichtslos haelt, gegen die machtstrukturen etwas zu unternehmen. eine reform ist nicht laenger aufzuschieben. die oeffentlichkeit erwartet ein entschiedenes durchgreifen. (smo)

(forts)

1507

wiener gemeinderat (9):

gesundheit und soziales

19 wien, 12.12. (rk) bei aller anerkennung der leistungen auf dem gesundheitssektor ist es unbestritten, dass es auch probleme gibt, erklarte gr. dkfm. sigrun s c h l i c k (oevp). eine grundsaeztliche frage sei, ob die praevention aufgabe des einzelnen oder der stadt sei. man muesse zwischen primaerer und sekundaerer praevention unterscheiden. zur primaeren praevention gehoert es, das entstehen von risikofaktoren zu verhindern. sie ist vorwiegend vom einzelnen zu treffen. aufgabe der stadt ist es, die gewuenschte gesunde lebensweise zu ermoeglichen und zu foerdern. zur sekundaeren praevention gehoert die frueherkennung und ueberwachung. sie

./.

erfordert ein verstaerktes eingreifen der stadt. es gibt in diesem zusammenhang viele offene fragen. das erkennen von risiken reicht nicht aus. es erfordert ein konsequentes verhalten des betroffenen. fachleute raeumen heute der primaeren praevention groessere bedeutung ein. wir muessen das gewuenschte gesunde verhalten ermoeglichen und foerdern. der langjaehrigen taetigkeit der schulaerzte ist es gelungen, krankheiten der herkoemmlichen art unter kontrolle zu bringen, erklarte gr. t r a i n d l (oevp). aber krankheiten unserer lebensweise und zivilisation - haltungs-schaeden - sind sehr haeufig. eltern und jugendliche haben die gefahren der modernen zivilisation nicht zur kenntnis genommen. die praeventivmedizin ist eine vorrangige aufgabe. der schularzt muss auch zeit fuer gesundheitserziehung haben. der gesundheitsplan verlangt vom schularzt umfangreiche aufgaben - untersuchungen, ueberpruefung der hygienischen verhaeltnisse in der schule, impfungen, administrative arbeiten. es sei dahingestellt, wie ein schularzt fuer 2.000 schueler diese arbeit leisten soll. mehr schulaerzte seien notwendig. zumindest arzhelferinnen fuer die administrative arbeit sollten eingestellt werden. zwischen plan und wirklichkeit ist jedoch ein grosser unterschied, und es werden weiter 60 schulaerzte mehr als 120.000 schueler betreuen. (ger)(forts)

1533

wiener gemeinderat (10):

gesundheit und soziales (forts.)

20 wien, 12.12. (rk) die ausgaben fuer die kranken- und wohlfahrtsanstalten sind seit 1973 um weit mehr als 100 prozent gestiegen, erklarte gr. dr. z e m a n (spoe). dieser betrag war notwendig, um den grossen nachholbedarf zu decken. wien soll und wird wieder zur medizinischen drehscheibe europas werden. 1977 wurden in den wiener staedtischen spitaelern 218.000 personen stationaer aufgenommen. davon waren 40.500 nicht-wiener. wiens spitaeler haben die besten moeglichkeiten fuer diagnose und therapie, und die wiener medizinische schule besitzt einen guten ruf.

obwohl noch immer ein erheblicher mangel an pflegepersonal be-

steht, hat sich die lage verbessert. bei den aerzten besteht kein mangel. in den spitaelern wurden viele patientenbezogene massnahmen gesetzt. zu erwahnen sind die bessere ausstattung der krankenzimmer, die verbesserung der sanitaeren anlagen und die einfuehrung einer neuen kleidung. in den kinderspitaelern wurden taegliche besuchszeiten eingefuehrt, die gebuehren fuer die aufnahme von begleitpersonen verringert und ebenfalls eine neue kleidung angeschafft. (sei) (forts.)

1540

wiener gemeinderat (11):

gesundheit und soziales (forts)

21 wien, 12.12. (rk) gr. dr. gertrude haertel (oevp) hob einige schwerpunkte des oevp-arbeitsprogramms fuer die geschaeftsgruppe gesundheit und soziales als dringendste wuensche ihrer fraktion hervor:

- o die einfuehrung der seniorennetzkarte
- o die einfuehrung eines sozialrates als ersatz fuer den ehemaligen fuersorgerat
- o die errichtung eines heimes fuer koerperlich behinderte aehnlich den pensionistenheimen.

weiter regte haertel an, den reinigungsdienst oefter als einmal im monat anzubieten. die bezirksvorsteher sollten allen menschen ueber 65 jahren eine postkarte schicken, ob ein besuchsdienst erwuenscht sei oder nicht. weiter kritisierte haertel, dass das maennerheim meldemannstrasse bereits zum siebenten mal mit 3,5 millionen s fuer den umbau des tagraumes und der duschanlagen subventioniert werde, waehrend fuer das familienheim kastanienallee nur 484.000 s bereitgestellt sind. der spendenaufwurf in der "az" fuer die kinderstation im psychiatrischen krankenhaushaus sei eine schande fuer diese krankenabteilung. fuer 20 kinder stehe nur eine schwester zur verfuegung, es fehle am noetigsten spielzeug. im etat des krankenhauses sei fuer spielsachen fuer die kleinen kein platz.

weiter plaederte gemeinderaetin haertel fuer die einfuehrung der briefwahl. behinderte, die von ihrem wahlrecht keinen ge-

brauch machen koennen, werden denjenigen gleichgestellt, die aus strafrechtlichen gruenden nicht waehlen duerfen. die spoe habe im besitz der macht den kontakt zu den waehlern verloren. bei der oevp stehe der mensch an erster stelle.

gr. haertel stellte den a n t r a g , die funktion eines sozialrates wieder einzufuehren. (ba) (forts)

1554

wiener gemeinderat (12)

gesundheit und soziales (forts.)

22 wien, 12.12. (rk) gr. maria s z o e l l o e s i (spoe) betonte, dass sich die ausgaben fuer das sozialwesen um mehr als 15 prozent von 885 millionen auf 1.020 millionen erhoehen. besonders ausgeweitet wurde der heimhilfedienst, der besonders von den 70-bis 90jaehrigen mitbuergern in anspruch genommen wird und ihnen ermoeglicht, in ihrer gewohnten umgebung zu leben. die inanspruchnahme des heimhilfedienstes hat sich von 1,366.900 stunden im jahr 1977 auf 1,690.000 stunden im jahr 1978 erhoeht und wird im kommenden jahr weiter steigen. aus aehnlichen ueberlegungen wurde die einrichtung der "mobilen schwestern" geschaffen, die den spitalsaufenthalt verkuerzen oder ganz vermeiden. ziel ist es, diese einrichtung auf ganz wien auszudehnen. hervorzuheben ist auch der kontaktbesuchsdienst, der den aelteren mitbuergern das gefuehl gibt, nicht vergessen zu sein. er bietet die moeglichkeit der aussprache , und seine mitarbeiter motivieren die besuchten, die moeglichkeiten der stadt in anspruch zu nehmen. all diese dienste sind ein wesentlicher beitrag, die sogenannte neue armut, naemlich das gefuehl des verlassenseins, zu beseitigen. sie helfen den aelteren, den gewohnten lebensbereich zu hause zu behalten. fuer all diese dienste ist das zusammenwirken von privaten und oeffentlichen stellen unerlaesslich. die privaten stellen koennen aber diese aufgabe nur durch die subventionen der stadt wien erfuehlen.

./.

die stadt wien erhoert auch die ausgaben fuer die blindenbeihilfen um 7 prozent von 102 auf 118 millionen schilling. die fahrt-hilfen fuer schwerstbehinderte, die im zusammenarbeit mit dem "klub handikap" geleistet werden, sollen weiter ausgebaut werden. der budgetansatz fuer solche fahrtkostenersaetze erhoert sich von 5,2 millionen auf 7 millionen. die oeffentlichen verkehrsmittel sind fast ueberall fuer behinderte unbenuetzbar, deshalb muss fuer die behinderten ein eigenes befoerderungssystem aufgebaut werden. berlin will sich an den diesbezuglichen massnahmen in wien orientieren. als eine besondere soziale hilfe fuer frauen wurde das sogenannte "frauenhaus" geschaffen, in dem misshandelte frauen mit ihren kindern zuflucht finden. misshandlungen von ehewfrauen sind mehr verbreitet als angenommen wird, meist wird sie verschwiegen. das seit november zur verfuegung stehende "frauenhaus", das tag und nacht unter der nummer 31 56 56 erreichbar ist, wurde bereits von 32 frauen mit ihren 36 kindern in anspruch genommen. in dieser sicheren und angstfreien atmosphaere koennen die frauen ihre schwierigkeiten besprechen und in die lage versetzt werden, in zukunft ein eigenstaendiges leben zu fuehren. der kampf gegen die armut, gegen soziale benachteiligung - das wird auch weiterhin das bestreben der stadtverwaltung sein. (smo) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

gesundheit und soziales (forts)

23 wien, 12.12. (rk) stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) begruesste die in der debatte festzustellende zunehmende bereitschaft zur zusammenarbeit auf dem gesundheits- und sozial-sektor.

die planung des krankenhauses ost ist seit einigen wochen im gange. es soll kein zentralkrankenhaus, sondern ein mittelding zwischen zentral- und pavillonkrankenhaus sein, etwa vier stock hoch, mit guter belichtung der raeume. diese planung erfolgt unabhaengig davon, ob nun niederoesterreich 200 betten zahlt oder nicht. dies ist eine frage von sekundaerer bedeutung.

bezuglich der telefonanschluesse der muetterberatungen sei die ma 11 zustaendig. es werde versucht werden, moeglichkeiten zu schaffen.

psychiatrie: er habe nie ein hehl daraus gemacht, dass er auf unzuukoemlichkeiten, die ihm bekannt werden, reagiere. ein disziplinarverfahren wird klarstellen, ob die erhobenen anschuldigungen richtig sind oder nicht in den psychiatrischen krankenhaeusern versehen sehr viele menschen ihren dienst mit aufopferung. gibt es aussenseiter, so muessen sie entfernt werden.

in die praevention ist auch die sogenannte tertiaere praevention - das ist die nachbetreuung - miteinzubeziehen. noch mehr aufklaerungsarbeit ueber die vorsorgemedizin ist notwendig.

wir muessen zur kenntnis nehmen, erklaerte stacher, dass wir zuwenig praktische aerzte haben. wir tun alles, um zu diesen aerzten zu kommen. dazu gehoeren etwa kredite und lehrpraxen. einzelne teile der medizin duerfen nicht isoliert betrachtet werden. auch in der psychiatrie gebe es einen mangel an aerzten und pflegepersonal. auf diesem sektor sei auch ein umdenken, auch in der bevoelkerung, notwendig.

das bettenreservierungssystem soll die verteilung der betten verbessern.

privatinitiativen auf dem sozialsektor werden von der stadt wien schon seit langem unterstuetzt. man sollte mit der polemischen diskussion darueber aufhoeren. es ist klar, dass soziale hilfe nur in zusammenarbeit zwischen privaten initiativen und oeffentlicher hand moeglich ist.

ein sozialpass wird derzeit ausgearbeitet, damit jeder weiss, welche dienste er unter welchen bedingungen in anspruch nehmen kann. der gesundheitsplan ist nicht nur ein stueck papier, sondern wird verwirklicht.

der reinigungsdienst ist ein grobreinigungsdienst, die anderen arbeiten werden von der heimhilfe durchgefuehrt. im zusammenhang mit dem maennerheim erklaerte stacher, dass auch die sogenannten aussenseiter der gesellschaft ein recht darauf haben, von der gesellschaft unterstuetzt zu werden. der baufortschritt ist nur in etappen moeglich, weil das heim nicht geschlossen werden kann. von den fortschritten kann man sich aber ueberzeugen. fuer das behindertenwesen gibt die stadt wien 1979 465 millionen schilling aus.

die sozialisten vertreten den grundsatz, dass jeder das recht auf soziale hilfe hat, die er benoetigt. zur frage der generellen strassenbahnfreifahrt fuer pensionisten stellte stacher fest, dass es auch pensionisten gibt, die mehr geld haben als eine junge familie. (ger) (forts.)

die meisten menschen, die ins psychiatrische krankenhaushaus eingeliefert werden, wehren sich dagegen, stellte stadtrat dr. gertrude kubiena (oevp) fest. die einweisung bedeutet oftmals eine katastrophe, da die patienten aus ihrer gewohnten umgebung herausgerissen und in ein mammutkrankenhaus mit 2.708 betten eingeliefert werden. ein arzt hat 42 patienten zu betreuen, zehnmal soviel wie in anderen krankenhaeusern. im gegensatz zum psychiatrischen krankenhaushaus wird die anstalt fuer geistig abnorme rechtsbrecher hervorragend gefuehrt. jeder patient, der einmal "in steinhof" war, ist fuer seine umwelt abgestempelt. stadtraetin kubiena regte daher an, nervenanstalten zu dezentralisieren und eigene psychiatrische abteilungen in den krankenhaeusern einzufuehren.

(ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

gesundheit und soziales (schluss)

24 wien, 12.12. (rk) der kontaktbesuch ist nur ein tropfen auf den heissen stein und kann das system der fuersorgeraete nicht ersetzen, erklarte gemeinderat l e h n e r (oevp). in anderen landeshauptstaedten gibt es bereits die netzkarte fuer senioren - sie waere auch fuer wien wuensenswert.

fuer das pflegeheim sued, von dem heute keiner mehr redet, waren jahrelang im budget planungsraten vorgesehen. hoffentlich erleidet das smz-ost nicht das gleiche schicksal. lehner stellte den a n t r a g , fuer den bau des krankenhauses im smz-ost 41 millionen zur verfuegung zu stellen.

die oevp tritt fuer den forcierten einsatz von privaten organisationen in der sozialhilfe ein. heute kann die stadt solche organisationen zur mitarbeit einladen, sie muss es nicht. das gehoert geaendert.

die senioren wollen nicht wie eine eigene kaste behandelt werden, und daher sei die einfuehrung eines seniorenfahrtscheines nicht zielfuehrend, erklarte gr. d i n h o f (spoe). man soll nicht glauben, dass durch den einsatz von privaten organisationen in der sozialhilfe die kosten geringer werden.

zur aktuellen situation in der psychiatrie erklarte dinhof, man muesse aufpassen, dass nicht das gesamte pflegepersonal verdammt wird. wo es probleme gibt, wird durchgegriffen.

der kontaktbesuchsdienst wird erprobt. nach auswertung der bisherigen erfahrungen werden weitere schritte gesetzt. (sei)
(schluss)

++ ende des sitzungsberichtes ++